

Wer war wann und warum für eine ,Konzessionierung von Prostitutionsstätten‘?

**Doña-Carmen-Thesenpapier
vorgetragen auf dem ,Initiativkreis Prostitution‘
in Frankfurt/Main am 19. 06. 2012**

Der Bundesratsbeschluss von 2011

Am 11. Februar 2011 stimmten die im Deutschen Bundesrat vertretenen Länder auf der 879. Sitzung dieses Gremiums mehrheitlich einer Entschließung zu, die dort am 21. Mai 2010 von Baden Württemberg - unterstützt vom Saarland - eingebracht wurde.

Zu den 69 Mitgliedern des Deutschen Bundesrats, die im Februar 2011 mehrheitlich für eine „stärkere Reglementierung der Prostitution“ stimmten, gehörten 30 Politiker/innen der CDU/CSU an, 21 der SPD, 7 der FDP, 3 den Bündnisgrünen und 3 der Linkspartei. Die verbleibenden 3 bezeichneten sich als parteilos.

Der ursprüngliche Antrag „Stärkere Reglementierung des Betriebs von Prostitutionsstätten“ (Drucksache 314/10) wurde 1:1 als Entschließung vom Bundesrat übernommen. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, eine gesetzliche Regelung für den Prostitutionsbereich zu erlassen, deren Kernpunkt die Forderung nach Einführung einer ‚Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten‘ ist.

(Nicht erst) seit diesem Datum wird ‚Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten‘ als Inbegriff einer „Reglementierung von Prostitution“ gepriesen, als Hebel zur Beseitigung aller realen und vermeintlichen Probleme, die angeblich mit dem Prostitutionsgewerbe verbunden sein sollen.

Kritik von Doña Carmen e.V.

Doña Carmen e.V. - seit vielen Jahren engagiert im Kampf für soziale und politische Rechte von Prostituierten - lehnt die Konzessionierung von Prostitutionsstätten sowie die damit verbundene Registrierung von Frauen in der Prostitution entschieden ab. Wir haben in der Broschüre „15 Argumente gegen die Konzessionierung von Prostitutionsstätten“ unsere Gegnerschaft inhaltlich begründet.

Gegen eine Konzessionierung von Prostitutionsstätten zu sein, heißt jedoch nicht, sich einer Reglementierung von Prostitution zu verschließen. Wir haben sehr klare Vorstellungen von einer solchen Reglementierung. Deren Leitlinie darf jedoch nicht länger die Beibehaltung und Fortsetzung diskriminierender Ausnahmegesetzgebung gegenüber Prostitution mit dem illusionären Ziel ihrer Eindämmung bzw. Abschaffung sein. Die Leitlinie einer sachgerechten

Reglementierung muss vielmehr die freie und ungehinderte Berufsausübung für Frauen in der Prostitution und alle im Prostitutionsgewerbe tätigen Personen sein.

Bei der Befassung mit der Forderung nach einer ‚Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten‘ ist es wichtig zu wissen, wie es eigentlich zu dieser Forderung kam. Die Klärung der Herkunft einer solchen Forderung kann mit dazu beitragen zu klären, welche Interessen hier im Spiel sind und ob diese Forderung den Interessen der Frauen in der Prostitution dienlich ist oder nicht.

Nachfolgend geben wir eine Zusammenstellung der wichtigsten Ereignisse und politischen Stellungnahmen mit inhaltlichem Bezug zur Konzessionierung von Prostitutionsstätten aus den letzten 20 Jahren. Diese Zusammenstellung beansprucht keine Vollständigkeit (für ergänzende Hinweise auf Zusammenhänge, die wir übersehen haben, sind wir dankbar).

Zehn Anmerkungen zur Entstehungsgeschichte der Forderung nach „Konzessionierung von Prostitutionsstätten“

Insgesamt verzeichnen wir seit 1993 rund 70 „Stationen“ auf dem Weg zur heutigen Forderung nach einer ‚Konzessionierung von Prostitutionsstätten‘. Die Auflistung dieser Stationen ersetzt keine inhaltliche Auseinandersetzung mit unterschiedlichen „Begründungen“, die für eine Konzessionierung von Prostitutionsstätten ins Feld geführt werden. Gleichwohl erlauben sie aus unserer Sicht doch einige erhellende Einblicke, auf die wir vorab in zehn Anmerkungen kurz eingehen möchten.

Anmerkung 1

Die Notwendigkeit der Konzessionierung von Prostitutionsstätten wird gerne dargestellt als brandneue Forderung, als Folge von Regelungsdefiziten im Zusammenhang des Prostitutionsgesetzes. Richtig hingegen ist: Die Konzessionierungs-Forderung stammt aus der Zeit weit vor Inkrafttreten des ProstG.

Anmerkung 2

Die Forderung nach Konzessionierung von Prostitutionsstätten ist eine Forderung des Polizeiapparats (insbesondere des BKA) und der Innenministerien. Polizei und BKA sind die eigentlichen Drahtzieher bei der Verbreitung dieser Forderung. Die Forderung nach Konzessionierung kommt aus den Kreisen von BKA, LKAs, Kripo (Hannover, Dortmund), Bund Deutscher Kriminalbeamter, Gewerkschaft der Polizei etc. und wird schließlich von Innenministerien aufgegriffen und inhaltlich ausgestaltet.

Die Konzessionierungs-Forderung verdeutlicht: In Deutschland soll Prostitutionspolitik wieder zu 100% von Polizei und Innenministern gemacht werden!

Anmerkung 3

Die Forderung nach Konzessionierung von Prostitutionsstätten wurde seitens der Polizei eingespeist in verschiedene „Runde Tische Prostitution“: in Hannover, Dortmund, Frankfurt, Marburg, Berlin und Hamburg. Sie wird mit Sicherheit auch am „Runden Tisch Prostitution NRW“ verhandelt werden. Der Forderung nach Konzessionierung von Prostitutionsstätten dadurch den Anstrich einer zivilgesellschaftlichen Forderung zu geben, darf als misslungen gelten. Es handelt sich um eine Top-down durchgesetzte Forderung von Polizei und repressiven Staatsorganen.

Anmerkung 4

Konzessionierung von Prostitutionsstätten ist nur ein Mittel. Aber zu welchem Zweck? Es geht Polizei und Innenministerien um den Ausbau von Kontrolle und Überwachung im Kontext von Migrationsabwehr und Prostitutionsgegnerschaft. Als entscheidender Hebel für diese Überwachung gelten jederzeitige polizeiliche Zutrittsrechte für Prostitutionsstätten. Diese Polizeirechte sind gegenwärtig in den Polizeigesetzen der Länder uneinheitlich und für die Polizei nicht umfassend genug geregelt. Daher plädiert man für eine bundesweit einheitlich Regelung dieser Zutrittsrechte im Sinne der Polizei.

Anmerkung 5

Nachdem man zunächst für eine „gewerberechtliche Reglementierung“ der Prostitution, für eine Verankerung der Erlaubnispflicht durch Änderung der Gewerbeordnung eintrat, greift immer mehr die Einsicht um sich, dass es dazu eines neuen Spezialgesetzes - vermutlich eines neuen Prostitutionsgesetzes - bedarf.

Nicht nur haben sich Wirtschaftsministerien, Gewerbeämter und Bund-Länder-Ausschuss Gewerberecht bislang (erfolgreich) dagegen gewehrt, dass ‚moralisch anrühige‘ Prostitutionsstätten in ihre Zuständigkeit fallen und durch Konzessionierung eine gewisse staatliche Anerkennung erhalten. Auch Polizei und Innenministerien haben mittlerweile erkannt, dass ungehinderte Kontrollrechte der Polizei, insbesondere gegenüber der Wohnungsprostitution, mit dem Mittel der Gewerbeordnung nicht zu erreichen ist. Daher schwenkt man - gleichsam als „Kompromisslinie“ - um auf ein neues Spezialgesetz, was nichts anderes wäre als ein Polizeigesetz zur Regulierung der Prostitution nach Maßgabe von Kontroll- und Überwachungsbedürfnissen.

Anmerkung 6

Treibende Kräfte dieser repressiven Reglementierung von Prostitution in Deutschland sind nachweislich

- (1) Polizei, BKA und Innenministerien
- (2) Die Partei Bündnis 90 / Die Grünen (in Hamburg, NRW und Baden-Württemberg)
- (3) die evangelischen Kirchen und die von ihr geleiteten Beratungsstellen

Die großen „Volksparteien“ CDU und SPD haben zunächst eine abwartende Position bezogen und sind erst später auf den fahrenden Zug aufgesprungen. Die Linkspartei ist in der Frage gespalten, die Piratenpartei bislang ohne artikulierte klare Position.

Anmerkung 7

Fachberatungsstellen für Prostituierte haben sich spätestens seit 2007 offen für eine Konzessionierung von Prostitutionsstätten im Rahmen einer „gewerberechtlichen Reglementierung“ ausgesprochen. Die Abhängigkeit zu ihren Geldgebern mag hier eine Rolle gespielt haben.

Die Befürwortung einer Konzessionierung von Prostitutionsstätten seitens der Fachberatungsstellen kann nur als grob fahrlässig bezeichnet werden angesichts der Tatsache, dass weder klar ist, was alles als ‚Prostitutionsstätten‘ definiert wird, was im Detail geregelt wird, was wie sanktioniert wird, wer kontrolliert etc. etc. Der Versuch, in diesem Kontext die Konzessionierung der Prostitutionsstätten als Hebel zur „Verbesserung der

Arbeitsbedingungen“ von Frauen in der Prostitution umzudeuten, verkennt völlig die Entstehungsgeschichte und den Kontext dieser Forderung und ist sachlich falsch.

Das Umschwenken von Polizei und Innenministerien auf eine spezialgesetzliche Regelung jenseits der anfänglich in Aussicht gestellten „gewerberechtlichen Anerkennung“ von Prostitution düpiert die Fachberatungsstellen obendrein. Werden sie auch den neuesten polizeilichen Schwenk mitmachen?

Anmerkung 8

Die Auflistung der Stationen der Forderung nach einer bundesweiten Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten verdeutlicht die mangelnde Legitimation dieser Forderung. Eine wissenschaftliche Begründung für ein derartiges Vorgehen ist weit und breit nicht in Sicht. Die bislang involvierten Wissenschaftler(innen) haben sich allesamt als voreingenommene Auftragsforscherinnen erwiesen.

Auch die auf den ersten Blick zahlreichen öffentlichen Stellungnahmen und Einlassungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer wieder dieselben (wenigen) Personen, dieselben Gremien, dieselben Partei-Seilschaften sind, die sich unter wechselseitigem Bezug aufeinander für eine repressive Regulierung von Prostitution stark machen und die Forderung nach Einführung einer Erlaubnispflicht von Prostitutionsstätten immer wieder erneut, gebetsmühlenartig und Top-down in die öffentliche Meinung einspeisen.

Die Forderung nach einer Konzessionierung von Prostitutionsstätten wird zudem auffallenderweise laut und vernehmlich nur in einigen wenigen westlichen Bundesländern erhoben: Hamburg, Bremen, NRW, Saarland und Baden-Württemberg.

Anmerkung 9

Hinsichtlich der Lancierung der Forderung nach Konzessionierung von Prostitutionsstätten im öffentlichen Raum lassen sich verschiedene Phasen unterscheiden:

- Phase I: Vor dem ProstG
- Phase II: Vom ProstG zum Bericht der Bundesregierung (2002 - 2006)
- Phase III: Die Wende von 2007 - Der Bericht der Bundesregierung
- Phase IV: Vom Bericht der Bundesregierung zur Befassung der Innenministerkonferenz (2007 - 2009)
- Phase V: Von Flatrate-Hysterie zu Bundesrats-Initiative und Entwurf eines neuen ProstG (2009 - 2012)

Anmerkung 10

Die Forderung nach bundesweiter Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten entspricht allein polizeilicher Logik und repressiver Interessenspolitik. Es geht um die fortgesetzte ökonomische Diskriminierung des Prostitutionsgewerbes und die Verschärfung der rechtlichen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen in der Prostitution. Migrationsabwehr und Prostitutionsgegnerschaft verschränken sich und bilden eine unheilige Allianz. Um die Interessen der betroffenen Frauen geht es mit Sicherheit nicht.

Phase I: Vor dem ProstG

1993	BKA-Auftragsstudie „Logistik der Organisierten Kriminalität“ von Prof. Dr. Ulrich Sieber, Professor für Strafrecht, Uni Würzburg
<p>Um Prostitution aus dieser „kriminalitätsfördernden Grauzone der Halblegalität herauszunehmen“, solle „insbesondere die Erteilung gewerberechtlicher Genehmigungen für Bordelle“ in Betracht gezogen werden. (S. 307) Ausgehend von einer „moralischen Ablehnung der Prostitution“ (S. 290) ginge es um die Etablierung effektiverer Kontrollstrategien mit dem Ziel der Eindämmung von Prostitution: Strafverfolgung in diesem Bereich mache nur Sinn, „wenn daneben auch die genutzten (insb. Logistik-) Strukturen und Märkte beseitigt werden.“ (S.290) Dazu bedürfe es „neuer Eingriffsbefugnisse des Staates“ (S.10), wozu die „Abkoppelung von Ermittlungsmaßnahmen vom Erfordernis eines konkreten Tatverdachts bzw. einer konkreten Gefahr“ (S. 354) ebenso gehörte wie eine „Beweislastumkehr für Zuhälter“ (S. 312).</p>	

2.12.1999	<i>Entwurf der Gesetzesinitiative ,Soziale und rechtliche Situation der Prostituierten in der Bundesrepublik Deutschland; Bekämpfung des organisierten Menschenhandels‘</i> von der AG „Milieu, Prostitution, Menschen-handel“ des Kommunalen Kriminalitätspräven-tionsrates Hannover, von Kriminaloberart Walter
<p>Vorgelegt zur Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (69. Sitzung, 20.06.2001) zu den Gesetzentwürfen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zur Verbesserung der rechtlichen und sozialen Situation von Prostituierten.</p> <p>„Für den Betrieb einer Prostitutionsgelegenheit erscheint jedoch eine Erweiterung der GewO in Titel II, Abschnitt II.B. („Gewerbetreibender, der einer besonderen</p>	

Genehmigung bedarf') notwendig. Nach der Systematik des Gesetzes wäre eine Einfügung eines § 32 oder eine Erweiterung in § 33 GewO angebracht, mit welcher das gewerbsmäßige Zurverfügungstellen (Vermieten) von Räumen zum Zwecke der Prostitutionsausübung der **Erlaubnis der zuständigen Behörde** bedarf. Die übrigen Bestimmungen könnten dem § 33a I S. 3 und II Nr. 1 und 3 GewO entnommen werden.“

29.10.2001

**„Runder Tisch Prostitution“
Frankfurt
(Protokoll der 8. Sitzung des
„Runden Tisches“)**

„Frau Howe berichtet des Weiteren vom Kommunalen Präventionsrat in Hannover und dessen Untergruppe ‚Milieu‘. Ähnlich wie am Runden Tisch in Frankfurt würden auch dort die Auswirkungen des neuen Gesetzes diskutiert und Handlungsmöglichkeiten ausgelotet. Frau Howe spricht die Verantwortlichen in Hannover nochmals an, ob die Ergebnisse dieses Gremiums an den Frankfurter Runden Tisch weitergeleitet werden können.“

In den abschließenden „Empfehlungen an die Stadtverordnetenversammlung“ vom November 2002 wird vom Frankfurter Runden Tisch Prostitution empfohlen, „dass eine **Erlaubnispflicht für den Betrieb von Einrichtungen zum Anbieten sexueller Leistungen** in die Gewerbeordnung aufgenommen wird.“ Konkret wurde darauf hingewiesen, dass damit „dann die eindeutig bestehende Verpflichtung der Betreiber gelten würde, Personen im Hinblick auf ihren Aufenthaltsstatus oder ihre Arbeitserlaubnis zu kontrollieren, da gerade illegal eingeschleuste Personen des Öfteren zur Prostitution gezwungen werden. Diese Personen beschäftigen zu lassen, wäre damit jedoch zukünftig ein Schließungsgrund, sodass sich die meisten Betreiber dies nicht mehr erlauben könnten und würden.“

Phase II: Vom ProstG zum Bericht der Bundesregierung (2002 – 2006)

Januar 2002

**„Runder Tisch“ in Dortmund für
gaststätten-rechtliche
Konzessionierung der
Prostitution:**

	„Dortmunder Modell“
<p>Seit dem 8. Dezember 1995 galt in Dortmund polizeiintern das Konzept „Bekämpfung der Kriminalität rund um das Rotlicht, insbesondere die Delikte Menschenhandel und illegaler Aufenthalt durch Ausübung der Prostitutionstätigkeit“ als Schwerpunkt der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung im örtlichen Polizeipräsidium. Gleichzeitig „entstand auf Initiative der Dortmunder Mitternachtsmission im November 1995 der erste Runde Tisch, an dem bei seiner ersten Sitzung Vertreter der Staatsanwaltschaft Dortmund, der Dienststelle KK 12 des Polizeipräsidiums Dortmund und der Dortmunder Mitternachtsmission teilnahmen.“</p> <p>Im Januar 2002, unmittelbar nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes, wurde der „Runde Tisch“ erneut auf Initiative der Mitternachtsmission einberufen. Diesmal ging es seitens der Polizei und den Behörden der Stadt Dortmund darum, die Überwachung von Prostitution und Prostitutionsstätten auf eine neue Grundlage zu stellen und sie einer gaststättenrechtlichen Konzessionierung zu unterwerfen. Gleichzeitig erhielten Prostituierte die „Möglichkeit“, sich gewerberechtlich anzumelden. Die evangelische Dortmunder Mitternachtsmission erschien gemeinsam mit der (katholischen) Beratungsstelle Kober öffentlich und von Anbeginn als eine der Initiatoren dieses so genannten „Dortmunder Modells“.</p>	

Juli 2002	6. Fachtagung Prostitution / 31. Hurenkongress
<p>2 ausl. Organisationen, 19 deutsche Organisationen: davon 12 Beratungsstellen und nur 7 Selbsthilfeorganisationen von Prostituierten. Letztere stellten 22 der 53 anwesenden Personen, wobei allein 19 dieser 22 Vertreterinnen von Selbsthilfeorganisationen deren sozialpädagogische Mitarbeiter/innen waren. Von den insgesamt 53 an der ‚Fachtagung Prostitution‘ teilnehmenden Personen waren lediglich 6 Sexarbeiterinnen, von denen wiederum nur vier aktiv tätig waren.</p> <p>Man bemängelte fehlende „Ausführungs- und Durchführungsbestimmungen für die mit der Umsetzung befassten Behörden, Ämter und Interessensverbände, z.B. bezüglich des Gewerbe- und Arbeitsrechtes“.</p>	

17. August 2003	Pressemitteilung Nr. 563 der Bundestagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen
für wünschenswerte Änderungen in der Gewerbeordnung	

3. Juli 2004	taz, 03.07.2004
Annette Herz, Max-Planck-Institut Freiburg für „offizielle Kennzeichnung von staatlich anerkannten Bordellen“	

16. August 2004	Fachgespräch von Bündnis 90 /
------------------------	--------------------------------------

	Die Grünen zum ProstG im Deutschen Bundestag
Nachbesserung des ProstG: „ Gewerberechtliche Anerkennung von Prostitutionsbetrieben in allen Bundesländern“ Dagmar Kaltenmark (Kassandra e.V.)	

19. -21. 3. 2006	4. Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft der Polizei in Bayreuth
Frauengruppe (Bund) der GdP fordert „eine bundesweite einheitliche Regelung zur Konzessionierung aller Prostitutionsstätten („Dortmunder Modell“) sowie die gewerbliche Anerkennung jeder Form von Prostitution	

10. Mai 2006	Heike Rudat, frauenpolitische Sprecherin des Bunds Deutscher Kriminalbeamter (BdK)
fordert bei den GRÜNEN im Landtag NRW Konzessionierung von Bordellen	

2006	BKA-Bericht: „Verbesserung der Bekämpfung des Menschenhandels unter Berücksichtigung aktueller rechtlicher und tatsächlicher Gegebenheiten“
<p>Die Bundesregierung sprach 2007 von Überlegungen einer „Fachöffentlichkeit“, denen die Kontrollmöglichkeiten im Kontext bloßer Anzeigepflicht bei „gewerblicher Zimmervermietung“ nicht ausreichend erschien und für „weitergehende gewerberechtliche Überwachungs- und Kontrollmöglichkeiten“ eintrat (Bericht der Bundesregierung, S. 68).</p> <p>Die Bundesregierung verwies dabei auf einen aus Anlass der Fußball-WM 2006 erstellten BKA-Bericht, wo sich die Landeskriminalämter zum Handlungsbedarf bezüglich der Überwachung von Bordellen äußerten. Für die Erlaubnispflicht - so die Bundesregierung - hätten sich „insbesondere das BKA sowie einige Landeskriminalämter“ ausgesprochen. (Bericht der Bundesregierung, S. 69)</p> <p>Für einen behördenübergreifenden „koordinierten Interventionsansatz“. „Der bisherige anzuwendende Rechtsrahmen für die Betretungs- und Kontrollrechte durch die Polizeien wird hierfür als nicht ausreichend bewertet.</p>	

Phase III: Die Wende von 2007 - Der Bericht der Bundesregierung

Januar 2007	Bericht der Bundesregierung
<p>„So hielt die Hälfte der im Rahmen der Untersuchung SoFFI KI befragten Gewerbebehörden Spezialvorschriften für bordellartige oder sonstige prostitutionsnahe Betriebe in der Gewerbeordnung und im GastG für erforderlich. Auch Vertreterinnen von Fachberatungsstellen halten dies mehrheitlich für sinnvoll. Teilweise wurde von Vertretern der gewerberechtlichen Praxis ausdrücklich eine Erlaubnispflicht für Bordelle gefordert.“ (S.69)</p>	

Januar 2007	Abschlussbericht zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes (SoFFI KI) von Helfferich / Fischer / Kavemann / Leopold / Rabe
<p>Die Verfasserinnen plädierten in Kenntnis des BKA-Berichts von 2006 für eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten (vgl. S. 75, 147, 153)</p> <p>-</p> <p>- Von 68 befragten Richtern sprachen sich lediglich 15 für eine gewerberechtliche Anzeigepflicht, aber offenbar niemand für eine Erlaubnispflicht für Bordelle aus. (S.144)</p> <p>Bei der Befragung von 19 Gewerbeämter so genannter Modellregionen sprachen sich lediglich drei der befragten Ämter für die Erlaubnispflicht aus, die Hälfte von ihnen - mithin lediglich 10 Ämter – plädierte für nicht näher präzierte „Spezial-vorschriften für Prostitutionsbetriebe in der Gewerbeordnung“. (S.147 u. 271)</p> <p>Zudem sprach man lediglich mit Mitarbeiter/innen einer einzigen Fachberatungsstelle, nämlich Kassandra in Nürnberg, die sich für eine gewerberechtliche Anzeigepflicht für Bordelle und deren Zertifizierung / Lizenzierung „nach niederländischem Beispiel“ aussprachen.</p>	

Januar 2007	Gutachten „Vertiefung spezifischer Fragestellungen zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes“ (SoFFI KII)
<p>Erneute Fragebogenerhebung bei Landeskriminalämtern, einschlägigen Fachdezernaten sowie polizeilichen Experten und Expertinnen in allgemein zugeschnittenen Dienststellen“ (mit Unterstützung des BKA)</p>	

Ganze **31 vom BKA vermittelte Polizisten** beteiligten sich an dieser Erhebung. Die Befragung zeugte von peinlichen „Widersprüchlichkeiten im Antwortverhalten der Befragten“ (S. 68).

Unter der Rubrik „weiterführende Maßnahmen“ hinsichtlich der Strafverfolgung im Rotlichtbereich sah der Fragebogen die Möglichkeit vor, eigene Vorschläge aufzuführen. Davon machten **7 Befragte** Gebrauch! „**Die Hälfte** derer, die sich an dieser Stelle äußerten, hielt die weitergehenden gewerberechtlichen Kontrollmöglichkeiten für alle Prostitutionsstätten für sinnvoll. (S.71)

Für diese weitergehenden Kontrollen - von denen nicht klar ist, ob es sich dabei um eine Anzeige- oder Erlaubnispflicht für Bordelle handelt - haben sich in der bundesweiten Erhebung im Auftrag der Bundesregierung mithin ganze drei bzw. vier befragte Polizisten ausgesprochen.

Die Verfasserinnen des Gutachtens sprachen sich daraufhin **für die Forderung der Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten** aus.

Der Dank des Polizeiapparats: Helfferich/Kavemann/Rabe wurden 2008 direkt vom BKA mit einem fetten Anschlussauftrag zum Thema ‚Aussagebereitschaft von Menschenhandels-Opfern‘ belohnt.

24. Januar 2007

**Erste Stellungnahme des KOK / Berlin
zum Bericht der
Bundesregierung**

„Mit besonderer Aufmerksamkeit nimmt der KOK jedoch den Vorstoß der Bundesregierung, **Prostitutionsstätten zu konzessionieren**, zur Kenntnis. Wir weisen allerdings darauf hin, dass entsprechende rechtliche Grundlagen differenziert ausgeführt werden müssen und mahnen daher dringend eine Beteiligung der Praxis bei der Entwicklung der Rechtsvorschriften an.“

26. Januar 2007

**„Huren in NRW für
Bordellkontrollen“**
www.taz.de, 26.01.2007

„Die Hurenverbände in NRW unterstützen die Gesetzesinitiative der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU), **Bordelle künftig genehmigungspflichtig** zu machen.

„Die Arbeits- und damit auch die Lebensumstände der Frauen werden dadurch kontrollierbarer, weil sie nicht mehr in einer rechtlichen Grauzone stattfinden“, sagt **Gisela Zohren** von der Dortmunder Mitternachtsmission.“

Mechthild Eickel, Leiterin der Beratungsstelle des Bochumer Vereins Madonna, sieht darin vor allem die Chance, die Arbeitsbedingungen zu vereinheitlichen und zu verbessern.

Jan. / Febr. 2007

**Hamburgs LKA-Chef Detlef
Ubben
für Konzessionierung**

„Wir bekämpfen nicht die Prostitution, sondern die kriminelle Ausbeutung. Dafür ist der Kontakt zum potenziellen Opfer entscheidend, also müssen wir uns neue Wege einfallen lassen. Mir schweben zum Beispiel gewerberechtliche Änderungen vor. Es müsste in

Anlehnung an das Gaststättengesetz ein **eigenes Bordellgesetz** geben mit **Konzessionen für alle Prostitutionsstätten**. Wir als Polizei sollten dann Betretungsrechte und die Möglichkeit haben, gewerberechtliche Kontrollen durchzuführen. Denn die **Konzessionierung** bedeutet ja nicht, dass in den legalen, sprich: konzessionierten Bordellen nicht auch Zwangsprostitution stattfindet.“ (EMMA, Januar/Februar 2007)

28. Februar 2007

Antrag der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes

Prüfung einer möglichen **Einführung einer Erlaubnispflicht im Gewerberecht** bei der Zulassung von Bordellbetrieben (Bordelle, Anbahnungsbetriebe, Clubs) sowie Wohnungsprostitution („Bordell-TÜV“), um z. B. bauliche Standards setzen zu können.

1./2. März 2007

Fachtagung des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirchen in Deutschland / Berlin

Zentrales Ziel der Veranstaltung, an der als Rednerinnen auch eine Vertreterin des Bundesfamilienministeriums und des BKA teilnahm, war die politische Ausrichtung der mittlerweile 23 Fachberatungsstellen, die unter dem Dach der „Arbeitsgemeinschaft im Diakonischen Werk der EKD zu Prostitution und Menschenhandel“ zusammengefasst sind.

Als Vertreterinnen „der Praxis“ trugen die Leiterin der Abteilung Menschenhandel beim **BKA**, Heidi Rall, die Fachberatungsstellen **Dortmunder Mitternachtsmission** und **Madonna/Bochum** sowie eine Vertreterin des Gesundheitsamts der Stadt Nürnberg ihre Positionen vor. Alle vier sprachen sich **für eine Konzessionierung** von Prostitutionsbetrieben aus.

„Die Arbeitsgemeinschaft sprach sich im Anschluss an die öffentliche Fachtagung **für die Einführung einer Konzessionierung von Bordellbetrieben** aus.“

9. März 2007

Vorstellung der Evaluation des ProstG im Frauenausschuss des Landtags NRW

Prof. Kavemann: „Unseres Wissens müsste es auch darum gehen, bundesweit eine **einheitliche Regelung im Gewerberecht** voranzubringen. Das heißt, es bedarf einer Initiative, um im Bund-Länder-Ausschuss für Gewerberecht zu versuchen, ob man eine bundeseinheitliche Regelung erreichen kann.“ (S.15/16)

Barbara Steffens wäre dankbar „Hinweise zu erhalten, wie zum Beispiel im Gewerberecht, für das ja die Länder zuständig seien, sinnvolle Regelungen aussehen könnten.“

Heike Rabe: „Aus ihrer Sicht wäre die **Einführung einer gesetzlichen Erlaubnispflicht** sinnvoll. Die Erteilung einer Konzession könne dann davon abhängig gemacht werden, dass der Betreiber oder die Betreiberin persönlich zuverlässig sei, bestimmte Kriterien erfülle und

für gewisse Arbeitsbedingungen Sorge.“

3. Juli 2007

Stellungnahme von Gisela Zohren Sozialausschuss der Bürgerschaft Hamburg

„Die **Konzessionierung von Prostitutionsbetrieben** und damit verbundene Auflagen und Kontrollen müssen darauf zielen, die Arbeitsbedingungen in der Prostitution zu verbessern, bisherige Risiken abzubauen, Standards zu entwickeln, die Arbeit zu professionalisieren und den beteiligten Rechtssicherheit zu garantieren.“

3. Juli 2007

Stellungnahme von Prof. Renzikowski Sozialausschuss der Bürgerschaft Hamburg

„Ich bin ja Strafrechtler und Rechtsphilosoph. Also neben dem Protokoll: Meine Kollegen sagen immer: **„Dem Philosoph ist nichts zu doof“**. Das heißt nur: **Empirische Forschungen fehlen mir völlig**. Da verlasse ich mich ganz auf meine Kolleginnen hier oben, die ich dann immer abschreibe – kritisch. Aber, da die alle das Gleiche sagen und das sehr überzeugend ist und ich vom **Bundeskriminalamt** zum Beispiel ähnliche Sachen erfahre, verlasse ich mich darauf.“

Die Anzeigepflicht nach § 14 GewO ermöglicht die behördliche Überwachung, die im Hinblick auf die mit der Ausübung der Prostitution verbundenen Risiken geboten ist – auch wenn mehr Transparenz nicht alle Beteiligten erfreuen dürfte.“ (Stellungnahme, S. 4)

24. Juli 2007

Saarländische Innenministerin für Genehmigungspflicht für Bordelle

Die zuständige saarländische Innenministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) will den Vorschlag, für Bordelle in Zukunft eine **Genehmigungspflicht** einzuführen, gesetzlich verankert sehen. Dazu müsste die Anregung in die **bundesrechtliche Gewerbeordnung** aufgenommen werden.

16. Oktober 2007

Antrag der GRÜNEN im Landtag von NRW „Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes in NRW schaffen“

Legale Beschäftigungsverhältnisse setzen voraus, dass Betriebe angemeldet und konzessioniert, Verträge geschlossen und Einnahmen versteuert werden.

Die GRÜNEN fordern „landesrechtliche Anpassungen in NRW“: Einführung einer **Erlaubnispflicht im Gewerberecht** bei der Zulassung von Bordellbetrieben (Bordelle,

Anbahnungsbetriebe, Clubs) sowie Wohnungsprostitution („Bordell-TÜV“), um z.B. bauliche Standards, Standards für die Ausstattung der Räumlichkeiten, Hygiene und Arbeitsschutz und Sicherheitsstandards setzen zu können.

13. Nov. 2007

**Hamburger CDU-Abgeordnete
für Erlaubnispflicht von
Prostitutionsstätten**

Prüfung, ob die Einführung einer generellen Erlaubnispflicht bei der Zulassung von Bordellbetrieben (im Gewerbe- und ggf. im Polizeirecht) sinnvoll ist
(Antrag der CDU-Abgeordneten im Sozialausschuss des Hamburger Senats, 13.11.2007)

22. Nov. 2007

**Bericht des Sozialausschusses
an die Bürgerschaft der Freien
und Hansestadt Hamburg -
Ausschussempfehlung**

„Der Senat wird ersucht,

1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass das Prostitutionsgesetz um eine Begriffsdefinition (Bordell, bordellartiger betrieb etc.) ergänzt wird, Auflagen definiert werden und die Kontrolle bundeseinheitlich geregelt wird (ggf. mit einem Verweis auf die Landesgesetze),
2. zu prüfen, ob die **Einführung einer generellen Erlaubnispflicht bei der Zulassung von Bordellbetrieben** (im Gewerbe- und ggf. im **Polizeirecht**) sinnvoll ist und zu berichten, wie bereits bestehende Vorschriften oder Erlaubnispflichten umgesetzt werden,
3. zu prüfen, ob einzelne Elemente des so genannten ‚Dortmunder Modells‘ auf Hamburg übertragbar sind...“ (Beschlissen gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der GAL)

2007

Runder Tisch Marburg

Im Auftrag der Stadt Marburg tagt seit 2007 zusammen mit FIM ein so genannter „Runder Tisch ‚Prostitution‘ der Stadt Marburg“. Neben einigen örtlichen Behördenmitarbeiterinnen und 3 FiM-Mitarbeiterinnen aus Frankfurt gehört dem Gremium auch die in Wiesbaden tätige Abteilungsleiterin Menschenhandel beim **BJA, Heidi Rall**, an. Die Forderungen des Runden Tisches:

- (1) Einführung einer bundesweiten gewerberechtlichen Anzeigepflicht für selbständig tätige Prostituierte nach § 14 GeWO
- (2) **Einführung einer bundeseinheitlichen Erlaubnispflicht (Konzessionierung)** für Prostitutionsbetriebe entsprechend der §30 - § 34c GewO.
- (3) Einstufung der Wohnungsprostitution als „überwachungsbedürftiges Gewerbe“ nach § 38 GeWO.
- (4) Zuverlässigkeitsprüfung aller im Prostitutionsbereich tätiger Gewerbetreibender (einschließlich der einzelnen selbständig tätigen Prostituierten) mit der Möglichkeit der „Gewerbeuntersagung“ nach § 35 GeWO.
- (5) Einführung der Möglichkeit eines Beschäftigungsverbots für „unzuverlässige“ Mitarbeiter in Prostitutionsbetrieben gemäß Gaststättengesetz (in der GeWO nicht vorgesehen).

- | |
|---|
| <p>(6) Jederzeitiges Recht auf Betreten der Gewerberäume zum Zwecke der „Auskunft und Nachschau“ gemäß § 29 GeWO, wobei eine Auskunftspflicht für alle im Bordell Beschäftigten gelten soll, „die Prostituierten eingeschlossen“.</p> <p>(7) Einführung eines Kondomzwangs für Prostitutionskunden wie in Bayern.</p> |
|---|

Phase IV: Vom Bericht der Bundesregierung zur Befassung der Innenministerkonferenz (2007 - 2009)

31. März 2008	Workshop des Bundesfamilienministeriums zur Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten – Stellungnahme“ von KOK e.V. (Berlin), Hydra e.V. (Berlin) und Phoenix e.V. (Hannover)
<p>„Die Einführung einer Erlaubnispflicht für Bordellbetreiberinnen und Bordell-betreiber in die Gewerbeordnung wird grundsätzlich begrüßt. Darin wird eine gute Möglichkeit gesehen, die Rahmenbedingungen für die Ausübung der Prostitution konkret zu verbessern... Die Überlegungen zu der mit einer Erlaubnispflicht einhergehenden Einführung einer Zuverlässigkeitsprüfung werden ausdrücklich begrüßt.“</p> <p>Die Stellungnahme fügt ergänzend hinzu, „dass Grundlage der Überlegungen zu der Regulierung von Prostitution und Prostitutionsstätten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Prostituierten sein muss“, wobei ohne die Festlegung „guter Standards“ auch in andere Gesetze die Einführung einer Erlaubnispflicht allein „nicht zu verbesserten Rahmenbedingungen für Prostituierte“ führen wird.</p>	

10. April 2008	Ausschuss für Frauenpolitik - Landtag NRW: Öffentliche Anhörung zum Antrag der GRÜNEN „Rahmenbedingungen zur Umsetzung des Prostitutionsgesetzes schaffen!“
<p>Barbara Steffens: Von fast allen Sachverständigen wird gefordert, „das Gewerberecht zu verändern.“</p> <p>Ortwin Schäfer: Meiner Meinung nach ... müsste eine Konzessionierungspflicht für Bordelle in die Gewerbeordnung aufgenommen werden; damit gäbe es einen bundeseinheitlichen Standard. Nur so finden wir einen Weg, hinter die Strukturen zu</p>	

kommen und herauszufinden, wer der Betreiber ist und wer dahinter steckt. Strohmännerverhältnisse gibt es manchmal auch in Gaststätten. Zudem könnten wir Auflagen zur Hygiene und sonstigen Dingen machen. Dadurch hätten wir ganz andere Möglichkeiten, einen Betrieb zu kontrollieren und zu lenken.... In Dortmund haben wir es über die Krücke des Gaststättenrechts gemacht...“

Prof. Dr. Joachim Renzikowski: „Um das zu erreichen, müsste es zunächst eine bundesrechtliche Regelung geben, das Bordelle kontrolliert werden können. Dies könnte durch eine **Änderung des § 38 Gewerbeordnung** geschehen, die es einzelnen Bundesländern ermöglichen würde, entsprechende Verordnungen zu erlassen... man kann aber erst über Standards nachdenken, wenn man sie auch kontrollieren kann; das gehört untrennbar zusammen.“ (S. 12) Für „eine einheitliche Übertragung des Dortmunder Modells auf ganz Nordrhein-Westfalen“. (S. 13) „Das Dortmunder Modell ist ein wunderbarer Ansatz“. (S.14)

Mechthild Eickel (Madonna): „Wenn in jeder Stadt ein Modell wie in Dortmund oder in Hannover umgesetzt werden würde, ergäbe sich schon daraus ein anderer Weg der Kommunikation, der durch Beratungsstellen unterstützt werden müsste.“ (S. 15) „Den Betrieben Auflagen zu machen und sie zu kontrollieren führt meiner Meinung nach deshalb viel eher dazu, dass die Frauen einen Beleg über ihre Zimmermiete bekommen.“ „Wir halten es für sinnvoll, die Einführung einer **Erlaubnispflicht für Prostitutionsbetriebe** zu prüfen... Die Entwicklung des Reglements sollt wie in anderen Branchen unter Beteiligung der dort Arbeitenden bzw. ihrer Interessensvertretungen ausgehandelt werden. Sie sind Expertinnen für ihre Tätigkeit.“ (S. 3)

Stellungnahme Phoenix e.V.: „Gewerberechtliche Einstufung der Prostitution und der Orte, wo sexuelle Dienstleistungen angeboten wird (z.B. **Erlaubnispflicht für Bordelle** – damit könnten Qualitätsstandards geschaffen werden).“

Juli 2008

Howe-Gutachten „Anmerkungen und Empfehlungen für den KOK und seine Mitgliedsorganisationen“

KOK e.V. = Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V., hat 59 Mitgliedsorganisationen und ist laut Heidi Rall (BKA) das „BKA der NGOs“.

Christiane Howe empfiehlt in einem KOK-Gutachten: Selbständig arbeitende Prostituierte haben ihr Gewerbe nach § 14 GewO bei der zuständigen Behörde anzuzeigen und „**Einführung einer Erlaubnispflicht** mit entsprechenden Regelungen zur Transparenz dieser Betriebe durch Einführung und Überprüfung von Standards und die Dokumentation von Vertrags- und Beschäftigungsverhältnissen“.

„Ausbeutung lässt sich nur dann wirklich definieren und feststellen, wenn Verträge existieren, Bücher geführt werden und die **Polizei** die Möglichkeit hat, diese ökonomischen Zusammenhänge zu überprüfen“

An dieser Überwachung sollen neben anderen Behörden auch die Fachberatungsstellen beteiligt werden, indem sie als Mitglieder „unabhängiger Gremien“ auf kommunaler bzw.

Landes- oder Bundesebene die Einhaltung von Standards und die Qualität von Betrieben einschätzen und mit einem Qualitätssiegel bewerten.

Als Bonbon für finanziell klamme Fachberatungsstellen eröffnet Howe die Aussicht, „dass zu den Auflagen für ein Bordell eine Konzessionsabgabe gehört, aus der Beratungsstellen für Prostituierte und ein berufliches Fortbildungsangebot für diese finanziert werden könnten.“

23./24.Okt. 2008

Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/innen der Länder (GFMK)

Die Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenminister/innen der Länder stellt fest, dass es erforderlich sei, „über rechtliche Regularien nachzudenken, die eine gezieltere **Überprüfung beispielsweise der Zuverlässigkeit der Betreiber/innen und intensivere gewerberechtliche Kontrollen** ermöglichen.“ Die Bundesregierung wurde aufgefordert, geeignete rechtliche Rahmenbedingungen zu entwickeln.

6. Nov. 2008

Schreiben der Vorsitzenden der GFMK an den Vorsitzenden der IMK

„Die im Anschluss an die Verabschiedung des Gesetzes und nach Veröffentlichung des genannten Berichtes geführte Diskussion hat gezeigt, dass die mit dem Gesetz verknüpfte Hoffnungen, wie z. B. die **Bekämpfung der Begleitkriminalität**, sich nicht erfüllt haben. Vor diesem Hintergrund erscheint es als unbefriedigend, dass bordellartige Betriebe als Arbeitsplatz von Prostituierten rechtlich nicht reguliert sind. Nach Auffassung der GFMK ist es nicht hinnehmbar, wenn jemand de facto als Arbeitgeber problemlos auch dann ein Bordell führen kann, wenn einschlägige Vorstrafen z.B. wegen Ausbeutung von Prostituierten oder Menschenhandel vorliegen. Eine rechtliche Regulierung könnte derartige Konstellationen verhindern helfen und zu einer größeren Transparenz im Milieu beitragen. Dies würde nicht nur die polizeiliche Arbeit hinsichtlich der Bekämpfung krimineller Begleiterscheinungen erleichtern, sondern auch einen Rahmen für faire, sichere und hygienische Arbeitsbedingungen schaffen. Hierfür bedarf es eines breiten Ansatzes, bei dem zum Beispiel das **Gewerberecht** nicht den einzigen, aber einen wichtigen Faktor darstellt.“

Dezember 2008

Stellungnahme zu „Prostitution und Menschenrechte“ der bundesweiten „AG Recht Prostitution“

Gefordert wurde die „Schaffung eines rechtlichen Rahmens“, in dem die geschäftlichen Beziehungen zwischen „Prostituierten, Bordellbetreibern und selbst den so genannten Zuhältern“ eindeutig geregelt sein sollten. „Das würde ohne Zweifel kriminellen Machenschaften den Boden entziehen und die SexarbeiterInnen in ihrer Position stärken. In

Deutschland müssen deshalb dringend weitere Schritte erfolgen. Gewerberechtliche Instrumente, beispielsweise die **Einführung einer Genehmigungspflicht für Bordelle und andere bordellartig geführte Betriebe** müssen bundeseinheitlich eingeführt und umgesetzt werden. Erst hiermit kann überhaupt eine dauerhafte Überprüfbarkeit hergestellt und die Transparenz der Betriebe für die SexarbeiterInnen sowie die Kunden erheblich erhöht werden.“

Unter dem Label „**AG Recht Prostitution**“ firmierten seinerzeit Amnesty for Women/Hamburg, TAMPEP-Germany, Hydra/Berlin, Cassandra/Nürnberg, Madonna/Bochum, Mimikry/München, die Mitternachtsmission/Dortmund, Nitribitt/Bremen, Phönix/Hannover sowie Tamara/Frankfurt. Diese zehn Fachberatungsstellen, allesamt von öffentlichen Geldern bzw. Zuwendungen der evangelischen Kirche abhängig, bilden zugleich den Kern der ‚Fachtagung Prostitution‘.

22. April 2009

**Hamburger Bürgerschaft:
Aktuelle Stunde zum „Runden
Tisch Prostitution“**

Linda Heitmann (**GAL**): „Die große ökonomische Attraktivität des Berufes bei der gleichzeitigen Rechtlosigkeit hat vielfach einen Nährboden für eine sehr starke Begleitkriminalität geschaffen. Dem wollen wir entgegenwirken. Der Anfang dafür war, dass unter Rot-Grün schon 2002 im Bund endlich ein Gesetz geschaffen wurde... Mögliche Fragen, die erörtert werden sollten..., ob es in Hamburg in Zukunft möglicherweise einen **Bordell-TÜV** geben und wie dieser konkret aussehen könnte...“

28.05.2009

**„Innenminister wollen
Prostitutionsgesetz ändern“
www.spiegel.de**

„Die Förderung der Prostitution, wegen der zuvor gegen Bordellbetreiber ermittelt werden konnte, ist seither nicht mehr in jedem Fall strafbar. Damit hat die Polizei immer weniger Anlass, ins Milieu einzudringen und Menschenhändler und Zuhälter aufzuspüren. Beides sind so genannte Kontrolldelikt, die zumeist nur dann auffallen, wenn die Polizei von sich aus tätig wird. Für **Razzien** aber fehlen heute häufig die Rechtsgrundlagen. Die Innenminister wollen deshalb kommende Woche in Bremerhaven darüber beraten, ob etwa das Gewerberecht dahingehend geändert werden sollte, Bordellbetreibern künftig eine Konzession abzuverlangen und das Gewerbe als überwachungsbedürftig einzustufen, wie es bei Privatkliniken, Spielhallen und Versicherungsmaklern der Fall ist. Damit wären **Kontrollen konzessionierter Betriebe jederzeit möglich**, illegale Bordelle könnten leichter ausgemacht werden.“

5. Juni 2009

**188. Sitzung der
Innenministerkonferenz in
Bremerhaven**

Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) hat einen Beschluss der IMK initiiert, „der das Ziel hat, die Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die Kriminalitätsbekämpfung zu überprüfen. Einen wesentlichen Aspekt stellt hierbei insbesondere die Schaffung **besserer Überwachungsmöglichkeiten der Prostitution** dar. Zu den Ergebnissen wird sich die IMK im Frühjahr 2010 berichten lassen.“

Der Bremer Innensenator hatte zuvor eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe (Inneres, Wirtschaft, Justiz) eingesetzt, die neue Konzepte erarbeiten soll. Der Arbeitsgruppe gehören auch die **Beratungsstelle für Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution (BBMeZ)** aus Bremen sowie die Gesellschaft für integrative soziale Beratung und Unterstützung mbH (GISBU) aus Bremerhaven an.“ (www.cop2cop.de, 29.07.2009)

15. Juni 2009

8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit – Bremerhaven

„Mittlerweile sei man im Lande Bremen jedoch soweit, dass in Anlehnung an das so genannte Dortmunder Modell das Prostitutionsgewerbe dem Gewerberecht unterliegen soll. Dadurch werden letztlich die **polizeilichen Kontrollmöglichkeiten verbessert** und man kann versuchen, die Anonymität und Reserviertheit der Frauen aufzubrechen.“

24. Juni 2009

Bremen will Bordelle als Gewerbebetriebe einstufen

Vor dem Hintergrund des **Zustroms junger Frauen aus Rumänien und Bulgarien**, die nunmehr in der Prostitution arbeiten, will Bremen Bordelle als Gewerbebetriebe einstufen. Bremens Kripo-Chef Jörg Seedorf stellte das angestrebte Konzept im Bremer Ausschuss für öffentliche Sicherheit vor. „Bislang habe sich die Polizei beim Wirtschaftssenator regelmäßig eine Abfuhr geholt, wenn es um die Einordnung von Bordellen zu Gewerbebetrieben ging. Der Kripochef: ‚Die Innenministerkonferenz hat ein Umdenken bewirkt.‘“ „Um das **Problem einzudämmen**, will der Wirtschaftssenator nun mitziehen. Wenigstens die Bordelle sollen schon bald als Gewerbebetriebe anerkannt werden: ‚**Dann werden nicht nur die Betreiber registriert, auch die Frauen, die dort anschaffen.**‘ Die Meldungen gingen außerdem an das Finanzamt, ergänzte Seedorf. Erst in einem zweiten Schritt sei es möglich, auch die Modellwohnungen anzugehen, bedauerte er. Keine Chance sieht er derzeit für den Straßenstrich.“

Phase V: Von Flatrate-Hysterie zu Bundesrats-Initiative und Entwurf eines neuen ProstG (2009 – 2012)

7. Juli 2009

Baden-Württemberg: Gemeinsame parlamentarische Intervention für eine Bundesratsinitiative

Die **frauenpolitischen Sprecherinnen von CDU, SPD, FDP und den Grünen** haben eine **gemeinsame parlamentarische Initiative** gestartet: Die „unmenschlichen Flatrate-Angebote“ sollen verboten werden. Die Landesregierung soll nun klären, ob dies auf Basis bestehender Gesetze möglich sei. Zudem soll die Landesregierung eine

Bundesratsinitiative starten, um das **Prostitutionsgesetz** und das Strafgesetzbuch entsprechend zu ändern.

23. Juli 2009

**Antrag von CDU-Abgeordneten
an den Landtag von Baden-
Württemberg
„Gewerberechtliche Instrumente
für sexuelle Dienstleistungen“**

Ziel des Antrags war zu klären, welche Möglichkeiten bestehen, „über eine **Änderung des Gewerberechts** die Arbeitsbedingungen in der Prostitution zu regeln und zu überprüfen“. Darüber hinaus ging es den acht Antragstellern darum, „eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Prostitutionsgesetzes, der Gewerbeordnung und ggf. auch des Strafgesetzbuches einzubringen, mit dem Ziel, durch entsprechende ordnungsrechtliche Auffangverordnungen ein **Erlaubnisverfahren mit möglichen Betriebsüberprüfungen** die Arbeitsbedingungen in Bordellen zu regeln, zu kontrollieren und letztlich mehr Transparenz zu ermöglichen.“

29. Juli 2009

**Für Änderung des
Prostitutionsgesetzes**

Der **frauenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**, MdB Johannes Singhammer, fordert, dass das Prostitutionsgesetz geändert werden müsse.

5. August 2009

**Arbeitsgruppe der baden-
württembergischen
Landesregierung**

Die **Arbeitsgruppe der baden-württembergischen Landesregierung** zur Bekämpfung der Flatrate-Bordelle kommt zu ihrer ersten Sitzung zusammen

Baden-Württembergs **Sozialministerin Stolz (CDU)** fordert eine stärkere Kontrolle der Bordelle. Dies sollte mittels des Gewerberechts geschehen. „Die Lage der Prostituierten hat sich verschärft“, sagte Stolz. Mit Razzien könne man zwar auch Bordelle kontrollieren. „Aber so ein Riesenfeuerwerk kann man nicht immer veranstalten.“

6. August 2009

**Gewerkschaft der Polizei (GdP)
für bundesweite Erlaubnispflicht
der Bordelle**

Die **Gewerkschaft der Polizei (GdP)** fordert die **bundesweite Erlaubnispflicht der Bordelle** mit deutschlandweiten Kontrollrechten. Die „Identifizierung der Opfer von Menschenhandel“ und die „effektive Bekämpfung der Zwangsprostitution“ sollte damit erheblich erleichtert werden, so GdP-Vorsitzender Konrad Freiberg, der sich auch gegen **Werbung** für die „Ausbeutung sexueller Dienstleistungen“ ausspricht. Dies zeige die Schwächen des gegenwärtigen Prostitutionsgesetzes.

5. Sept. 2009	ASF Rheinland-Pfalz für Erlaubnispflicht
Ordentliche Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Rheinland-Pfalz: Antrag Nr. A3 „Bekämpfung von Zwangsprostitution: Erlaubnispflicht für Bordelle	

24. Sept. 2009	Interfraktioneller Antrag von CDU, SPD, Grünen, FDP/DVP im Sozialausschuss des Landtags von Baden-Württemberg
„Die Landesregierung soll sich im Bundesrat für eine Erlaubnispflicht einsetzen. Dazu soll insbesondere die Gewerbeordnung geändert werden... Einen entsprechenden Antrag aller Fraktionen nahm der Sozialausschuss des Landtags am Donnerstag in Stuttgart einstimmig an. Eine im Gewerberecht verankerte Genehmigungspflicht würde ein wirksames Kontrollinstrument für die Kommunen sein, sagte die Vorsitzende des Gremiums, die GRÜNEN-Abgeordnete Lösch.“	

2009	Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen für Konzessionierung von Bordellen
<p>Unmittelbar nach Inkrafttreten des ProstG gründete sich am 25.03.2002 in Berlin ein Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen e.V. (BuSD) als Zusammenschluss von Bordellbetreiber/innen und selbständigen Prostituierten.</p> <p>Prostitutionsgegner in Berlin nutzten die Möglichkeit, Bordelle als Gewerbebetriebe aus Misch- und Wohngebieten zu vertreiben.</p> <p>Stefanie Klee sprach von einem „leidigen Gewerbeverbot“ und setzte alle Hoffnungen auf eine Konzessionierung von Bordellen, die es angeblich unmöglich machen sollte, Wohnungsbordelle in Wohn- und Mischgebieten zukünftig zu untersagen.</p> <p>Für den „Runden Tisch Prostitution“ im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf legten BuSD e.V., Hydra e.V. sowie der für sexuelle Dienstleistungen zuständige Fachbereich 13 der Gewerkschaft ver.di eine Diskussionsvorlage vor, in der für typische Berliner Wohnbordelle mit 3 bis 10 tätigen Frauen eine Regelung in Anlehnung an die Praxis in Dortmund und Hannover vorgeschlagen wurde:</p> <p>Schon bestehende „Berlin typische Bordelle“ sollten ein speziell erarbeitetes Genehmigungsverfahren durchlaufen und auf dieser Grundlage Bestandsschutz erhalten.</p> <p>In mehreren Stellungnahmen und Publikationen sprach sich Klee in den Jahren 2008 und 2009 für die Konzessionierung von Bordellen aus: „Erst wenn bordellartige Betriebe über ordentliche Konzessionen abgesichert sind, werden die Betreiberinnen und die Kolleginnen über Dinge wie Arbeitsschutz oder Arbeitsverträge nachdenken. Vorher macht es keinen Sinn.“ (Interview mit S. Klee in pro familia magazin 4/2008)</p> <p>„Ein Ergebnis der Evaluation des Prostitutionsgesetzes war der erklärte Wille der Bundesregierung, deutschlandweit Konzessionen für bordellartige Betriebe rechtlich möglich</p>	

zu machen. Konzessionen bedeuten einerseits das Erfüllen von gesetzlichen Verpflichtungen und ggf. von Auflagen, auf der anderen Seite Rechtssicherheit“, erklärte Klee. (www.highlights-berlin.de/events/htm, Oktober 2009)

Der **Streit um die Berliner Wohnungsbordelle** wurde - vorerst - durch ein Gerichtsurteil des örtlichen Verwaltungsgerichts entschieden. Im Urteil über den „Salon Prestige“ wurde am 05.05.2009 einem Wohnungsbordell Bestandsschutz eingeräumt und gleichzeitig erklärt, dass Prostitution in einem Mischgebiet „ausnahmsweise“ zulässig sei...

16. Januar 2010

Saar-Kripo für Verbot von Flatrate-Bordellen und für Erlaubnispflicht

Saarlands LKA-Chef Lothar Braun fordert ein Verbot von Flatrate-Bordellen, Die Wiedereinführung der medizinischen Zwangsuntersuchung für Prostituierte und eine **in der Gewerbeordnung verankerte Genehmigungspflicht für Bordelle**. Dafür solle sich die saarländische Regierung auf Bundesebene einsetzen. „Sie könnte sich im Bund dafür einsetzen, dass in der Gewerbeordnung eine über die reine Anzeigepflicht hinausgehende Erlaubnispflicht für Bordelle verankert wird. Im Grunde würde das bedeuten, dass man nur noch mit einer behördlichen Lizenz ein Bordell betreiben dürfte. Dadurch könnte man unmittelbar Einfluss auf die Arbeitsbedingungen von Prostituierten, beispielsweise hinsichtlich der Beachtung der Hygienevorschriften und baulichen Gegebenheiten nehmen.

25. Februar 2010

Bericht der „AG Kripo“ und „AK II“ der Innenministerkonferenz (IMK)

Die AG Kripo und der AK II der Ständigen Konferenz der Innenminister (IMK) legt am 25.02.2010 den Bericht „Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die Bekämpfung des Menschenhandels (Stand: 25.02.10)“ vor. „Der Bericht beschreibt die Notwendigkeit, auf der Basis eines weitgefassten Ansatzes die Auswirkungen des ProstG auf die polizeiliche Arbeit und insbesondere auf die **Bekämpfung des Menschenhandels ganzheitlich zu betrachten.**“

21./22. April 2010

Beschlussvorlage des „AK II“ für die Innenministerkonferenz

Der „AK II“ verfasste am 21./22. April 2010 eine Beschlussvorlage für die Frühjahrssitzung der Innenministerkonferenz am 27/28.05.2010 in Hamburg, wonach der IMK empfohlen wird, den Bericht „Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes auf die Bekämpfung des Menschenhandels“ grundsätzlich für geeignet zu erachten, die **Bekämpfung des Menschenhandels** zu verbessern.

2. Mai 2010

Bundesarbeitsgemeinschaft der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordert Erlaubnispflicht für

	Bordelle
<p>Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros fordert auf der 20. Bundeskonferenz in Wuppertal (02.05. - 04.05.2010) „neue gewerberechtliche Regulierungen der Genehmigung von Bordellen und bordellartigen Betrieben im Sinne einer ‚Erlaubnispflicht‘, sowie die Einführung von Standards für die Arbeitsbedingungen von Prostituierten.“</p> <p>In der Begründung heißt es u.a., dass 2001 eine Reihe von Paragrafen im Strafgesetzbuch gestrichen worden seien, „ohne diese durch neue Regelungen für Sicherheit und Kontrolle zu ersetzen“. Mittlerweile würden sich die „Bund-Länder-Arbeitsgruppe Frauenhandel“ als auch der bundesweite „Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess“ (KOK e.V.) als bundesweite Vernetzung der Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel für die Einführung einer Erlaubnispflicht für Bordelle und verbesserte Rahmenbedingungen einsetzen.</p>	

19. Mai 2010	CDU/FDP-Kabinett in Baden-Württemberg beschließt Bundesratsinitiative
<p>Die Landesregierung Baden-Württemberg hat auf seiner Kabinettsitzung einen Entschließungsantrag zur besseren Kontrolle von Prostitutionsstätten durch Polizei und Ordnungsbehörden verabschiedet.</p> <p>„Wenn wir Menschenhandel, Zwangsprostitution und Gewalt gegen Mädchen und Frauen in der Prostitution wirksam bekämpfen wollen, brauchen wir ein engmaschiges Netz an Kontrollmöglichkeiten“, sagt Sozialministerin Stolz.“</p>	

27. / 28. Mai 2010	190. Sitzung der Innenministerkonferenz in Hamburg
<p>„Die Hoffnung der Politik, die Prostitution aus der Schmutzdecke herausholen und lediglich mit dem Gewerberecht regeln zu können, hat sich nach Ansicht von Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) zerschlagen. Er fordert eine Verschärfung der Bestimmungen..... Er fordert eine Erlaubnispflicht für alle Bordellbetriebe. Die Konzession wird nur dem erteilt, der eine Zuverlässigkeitsprüfung über sich ergehen lässt. Zusätzlich besteht für alle Prostituierten die Pflicht, ihre Tätigkeit zu melden. Schließlich fordert der Senator ein Mindestalter von 21 Jahren für Prostituierte, weil die meisten Opfer organisierter Menschenhändler unter 21 Jahre alt sind.“</p>	

2. Juni 2010	„Runder Tisch Prostitution“ in Hamburg empfiehlt Einführung der Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten
<p>„Im Bereich der Prostitutionsstätten sind für die legale Ausübung der Prostitution angesichts der weiterhin bestehenden milieutypischen Begleitkriminalität besondere bundesgesetzliche Regelungen, beispielsweise im ProstG, erforderlich. Es muss</p>	

verhindert werden, dass bestehende Lücken in unterschiedlichen Rechts- bzw. Phänomenbereichen von kriminellen Organisationen zur sexuellen Ausbeutung ausgenutzt werden können.... Mit einer **Erlaubnis** soll das Recht, eine Prostitutionsstätte zu betreiben, erst erworben und nicht nur zugestanden werden.

Das Gewerberecht erscheint nicht als der richtige Regelungsort für eine solche Erlaubnis, weil u. a. nicht alle Betreiber von Prostitutionsstätten Gewerbetreibende im Sinne des Gewerberechts sind und deshalb als solche nicht erfasst würden. Dies (die Nicht-Erfassung) trifft z. B. für jemanden zu, der in Verwaltung des eigenen Vermögens eine Wohnung zur Prostitutionsausübung zur Verfügung stellt/vermietet oder für jemanden, der einen Raum unentgeltlich zur Verfügung stellt. So könnte beispielsweise stattdessen im Prostitutionsgesetz geregelt werden, dass „wer beabsichtigt, für die Ausübung der Prostitution ohne selbst hieran beteiligt zu sein unmittelbar einen Raum oder mehrere Räume zur Verfügung zu stellen,... der Erlaubnis der zuständigen Behörde“ bedarf. Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der/die Antragsteller/in die für diese Tätigkeit erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Was hierunter gefasst wird, sollte in Angleichung an § 35 GewO im Einzelnen definiert werden und die Rechtsprechung berücksichtigen....

„Da die **Vermittlungstätigkeiten von Prostitutionsdienstleistungen** nicht örtlich zu beschränken sind, sollte für diese Tätigkeit auch eine Erlaubnispflicht analog zu den Prostitutionsstätten eingeführt werden...“ (S.13/14)

„Überlegungen hinsichtlich einer **Meldepflicht von Prostituierten** wurden am Runden Tisch kontrovers diskutiert. Die Vertreter der Innen- und Finanzbehörde haben dafür votiert.“ (S.14)

Angesichts des Bedürfnisses, die Prostitutionstätigkeit möglichst anonym aus-zuüben, damit z. B. ein Ausstieg aus der Tätigkeit leichter möglich ist, **sollten Prostitutionstätigkeiten nicht als Gewerbe bezeichnet/anerkannt werden.**“

4. Juni 2010

**Bundesrat debattiert
Initiativantrag Baden-
Württembergs**

Der Bundesrat befasst sich auf seiner 871. Sitzung am 04.06.2010 mit dem Antrag Baden-Württembergs zur **Einführung der Erlaubnispflicht für Bordelle** und einer Kondompflicht bei Prostitution. Dem Antrag des Landes Baden-Württemberg ist das Saarland beigetreten.

Die baden-württembergische Sozialministerin Stolz erklärte im Bundesrat: „Seit Jahren wird seitens der Fachöffentlichkeit kritisiert, dass im Rotlichtmilieu ein **Mangel an ordnungs- und polizeirechtlichen Eingriffs- und Kontrollmöglichkeiten** besteht. ... Die Frauen „sind aufgrund dieser kriminellen Strukturen nicht in der Lage, ihre rechtlichen und finanziellen Interessen durchzusetzen, geschweige denn, dass sie auf Einhaltung hygienischer und gesundheitlicher Mindeststandards, etwa die Benutzung von Kondomen, bestehen können.“

Nach wie vor mangelt es dem Rotlichtmilieu an Transparenz „Was heißt das? Namen, Alter und Herkunft vieler Prostituierten werden den Behörden nie bekannt.“

„Bordelle und ähnliche Einrichtungen sollten einem **engmaschigen Netz an Meldepflichten** unterliegen. Dadurch wären die Behörden in der Lage, Kenntnis über alle

dort tätigen Personen einschließlich der Prostituierten zu erlangen.“

„Zum Schutz der Prostituierten sollte außerdem der Versicherungs- und Arbeitsschutz ausgedehnt werden. Hier käme die Einführung einer gesetzlichen **Vermutung für ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis** zwischen Bordellbetreibern und den einzelnen Prostituierten in Betracht...“

11. Oktober 2010

**Positionspapier des Bremer Innenministers für IMK:
„Regulierungsbedarfe im Zusammenhang mit der Prostitutionsausübung zur Bekämpfung des Menschenhandels u. d. Zwangsprostitution“**

Das Positionspapier erklärt, dass die mit der Prostitution verbundene „Risiken, Nachteile und problematischen Implikationen“ (S.2) nicht durch repressive Maßnahmen ins Dunkelfeld abgedrängt, sondern stattdessen **durch rechtsstaatliche Kontrolle begrenzt** werden sollten.

„Im Zusammenhang mit der bestehenden Nicht-Regulierung der Prostitutionsausübung“ seien Zwangsprostitution und Menschenhandel „gravierende Probleme“.

Derzeit ist die Prostitutionsausübung jedoch im Gegensatz zu nahezu jeder anderen **Erwerbstätigkeit** hinsichtlich ihrer Rahmenbedingungen und ihrer Ausgestaltung **nicht gesetzlich reguliert**.“ (S.14) Daraus ergibt sich „das zwingende Erfordernis einer bundeseinheitlichen Regulierung der Prostitution“. (S. 14)

„Die Verortung der Regulierung der Prostitution in bereits bestehenden Normenbereichen wie beispielsweise dem **Gewerberecht** in seiner klassischen Form“ sei – auch angesichts der Haltung der Wirtschaftsminister „**nicht erfolgversprechend**“. Die Annahme Prostitution sei über das bestehende Gewerberecht zu regulieren, habe sich „als Irrtum erwiesen“

„Angesichts der Vielzahl zu berücksichtigender tatsächlicher, rechtlicher und nicht zuletzt **moralischer Besonderheiten** erscheint jedoch eine **bundesgesetzliche Regelung sui generis** am geeignetsten. Vorrangig erscheint deshalb eine entsprechende Erweiterung des ProstG oder die **Schaffung eines neuen Bundes-gesetzes zur Regulierung der Prostitutionsausübung** zielführend.“ (S. 11)

18./19. Nov. 2010

191. Sitzung der Innenministerkonferenz in Hamburg

Hamburgs Innensenator Vahldieck (CDU) – schwarz-grüne Koalition – (ehemals Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz) bekräftigt als Gastgeber der 191. IMK die **Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten**: „Der Innensenator begründete den **Vorstoß der Innenministerkonferenz** damit, dass „weite Bereiche des Milieus von Ausbeutung, Zwang und Menschenhandel geprägt sind“. Nur mit **schärferer Aufsicht und regelmäßigen Kontrollen** ließen sich Straftaten besser erkennen und Kriminalität in der Szene zurückdrängen. Vahldieck verwies darauf, dass „vermehrt osteuropäische Frauen zur

Prostitution gezwungen werden, die vielfach ohne Rücksicht auf Hygienestandards und trotz schlechten Gesundheitszustands arbeiten'. Auch aktuelle Auswüchse wie ‚Flatrate-Clubs‘ bereiten den Innenministern ‚große Sorge‘. Mit der Vorstellung einer selbstbestimmten Prostitution habe die Realität in Deutschland nicht viel zu tun, betonte Vahldieck.“
 „Das von Rot-Grün beschlossene Prostitutionsgesetz war 2002 ein erster Schritt, den Frauen mehr Rechte zu geben. Prostituierte wurden anderen Berufsgruppen gleichgestellt. Das die Innenminister nun endlich nicht mehr jedem erlauben wollen, Bordelle zu eröffnen, ist **ein weiterer Fortschritt**.“ (Quelle: www.fr-online.de)

18.11.2010	„Hamburg ist weiter als die IMK“
Zur IMK erklärt Linda Heitmann, gesundheitspolitische Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion: , Um die Zulassung von Bordellen zu regeln, halten wir eine Erweiterung des Prostitutionsgesetzes für sinnvoll. Wir begrüßen daher, dass der Innensenator eine ähnliche Regelung anstrebt. Für falsch halten wir aber den Vorschlag, dies im Gewerberecht zu regeln... Hamburg ist damit schon einen Schritt weiter als die Diskussion der Innenministerkonferenz.“ (Quelle: www.gal-fraktion.de , 18.11.2010)	

19.11.2010	BSD und Madonna e.V. für Konzessionierung
„Stephanie Klee vom Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen plädierte dafür, Bordelle zu konzessionieren , weil das seriöse Etablissements fördere. ‚Bordellbetreiber, die eine Erlaubnis haben, könnten dann sicher sein, dass ihr Betrieb nicht plötzlich wieder geschlossen wird.‘ Menschenhandel, Zwangsprostitution und Ausbeutung würden dadurch stärker zurückgedrängt. Gegen eine Meldepflicht sprach sich Mechthild Eickel von der Bochumer Prostituiertenorganisation Madonna aus. Sie fürchte eine Stigmatisierung, ‚wenn Sexarbeiterinnen ihr Geschäft öffentlich anzeigen müssen‘.“ (www.rp-online.de , 19.11.2010)	

11. Februar 2011	Bundesrat mehrheitlich für stärkere Reglementierung von Prostitutionsstätten
Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, eine entsprechende gesetzliche Regelung für den Prostitutionsbereich zu erlassen. Begründung: Die Legalisierung der Prostitution sei mit einer Reduktion polizeilicher Eingriffsmöglichkeiten einhergegangen, was nicht hinnehmbare Gefahren für die körperliche und seelische Unversehrtheit der Prostituierten bedeute. „Auf Drängen von Baden-Württemberg wird der Bundesrat an diesem Freitag über eine deutliche Verschärfung der Rechtslage entscheiden.“	

11. Februar 2011	GdP für verschärfte Regelungen im Umgang mit Prostitutionsstätten
„Eine Verschärfung der gesetzlichen Regelungen für den Betrieb so genannter	

Prostitutionsstätten fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) und unterstützt damit einen gleichlautenden Bundesratsantrag der Länder Baden-Württemberg und Saarland.“ Mit der **Erlaubnispflicht** könnten verbindliche Auflagen, zum Beispiel für die Hygiene und den Arbeitsschutz gemacht werden. Die derzeitige Rechtslage, so der GdP-Bundesvorsitzende Witthaut, „verkläre die Prostitution“. Eine Erlaubnispflicht würde dazu beitragen, das **Verhältnis von Prostituierten und Bordellbetreibern zur Polizei zu normalisieren**.

16. Februar 2011

**Hamburger LKA begrüßt
Erlaubnispflicht für Bordelle**

Bundesrat hat Bundesregierung zur Umsetzung seiner Initiative aufgefordert. Ein entsprechendes Gesetz soll nun ausgearbeitet werden. „Das ist schon ein enormer Erfolg“, sagt Detlef Ubben, Leiter der für Prostitution zuständigen Abteilung im Hamburger LKA. „Eine Prostituierte kann auch in einer Wohnung ihr Gewerbe ausüben“, sagt Detlef Ubben. Besonders schwierig sei die Überprüfung, weil **Wohnungen** per Gesetz besonders geschützt sind. „Auch wenn wir von dem Gewerbe in einer Wohnung wissen, dürfen wir nicht rein, solange wir keinen Durchsuchungsbeschluss haben“, sagt Detlef Ubben. Ziel ist es, dass Sexgeschäft von der kriminellen Szene zu trennen. Viele der Prostituierten seien in Zwangssituationen oder traumatisiert und würden sich von alleine bei der Polizei kaum melden. **„Wir müssen daher wissen, wer wo arbeitet“**, sagt Ubben. (www.abendblatt.de, 16.02.2011)

31. März 2011

**SPD Niedersachsen für zügige
Umsetzung des
Bundesratsbeschlusses zur
Prostitution**

Die SPD-Fraktion legt dem Innenausschuss des Niedersächsischen Landtags eine Entschließung vor, dieser habe sich „nachhaltig für die Umsetzung der in der Bundesratsentschließung vom 11.02.2011 erhobenen Forderungen einzusetzen“.

23. April 2011

**Bundesfamilienministerin
Kristina Schröder für neues
Prostitutionsgesetz**

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder erklärt, bis Ende Mai sollten die großen Linien eines **neuen Bordellgesetzes** erkennbar sein. „Schröders Fachleute greifen nun einige der **zentralen Vorschläge** auf, die die **Innenminister** in einem gemeinsamen Papier aufgeschrieben haben. Vor allem zwei davon: Erstens sollen Erlaubnispflichten für alle Prostitutionsstätten verhindern, dass schon einmal verurteilte Menschenhändler Bordelle betrieben. Und zweitens soll es entsprechende **Kontrollmöglichkeiten** geben, die bundesweit gelten. Nach Informationen von „Welt online“ soll die Abstimmung mit den Ministerkollegen im Kabinett bis zum Sommer gelingen. Danach beginnt das übliche parlamentarische Verfahren. Das zumindest ist der Plan.“ (Quelle: www.welt.de, 24.03.2011)

16. /17. Juni 2011

**21. Konferenz der
Gleichstellungs- und
Frauenministerinnen, -minister,
-senatorinnen und -senatoren
der Länder auf Schloss Plön**

Beschluss: „Die GFMK dankt der IMK für die Befassung mit dem Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution und **begrüßt den Beschluss**, den Bund zu bitten, eine Initiative zur **Schaffung eines Gesetzes zur Regulierung der Prostitution** auf den Weg zu bringen... Über die im Beschluss der IMK und über die in der Entschließung des Bundesrates vom 11. Februar 2011 (Drs. 314/10) genannten Problemstellungen und Maßnahmen hinaus sollten hierbei internationale Erfahrungen im Bereich der Prostitution und zielgruppenspezifische Maßnahmen einbezogen werden. Besonderes Augenmerk ist hierbei auf die Situation besonders vulnerabler Gruppen – wie beispielsweise Heranwachsende – zu legen.“

5. Juli 2011

**Zwischenbericht
des Runden Tisches Prostitution
NRW**

Emanzipationsministerin Barbara Steffens weist auf aktuelle Initiativen zur Einführung der Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten hin, insbesondere auf den Beschluss der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen (GFMK), die den Bund gebeten habe, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Prostituierten zu verbessern. „In dem Beschluss hat sie auf Initiative von Nordrhein-Westfalen darauf aufmerksam gemacht, dass die Regulierung der Prostitution neben der Bekämpfung des Menschenhandels ein eigenständiges Ziel ist, in dessen Mittelpunkt die Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der in der Prostitution tätigen Frauen stehen muss.“

1. Juni 2012

**Baden-Württembergische
Sozialministerin Katrin Altpeter
(SPD) will Prostitutionsgesetz
verschärfen lassen**

Zum Internationalen Hurentag am Samstag haben sich Experten im Südwesten für schärfere Gesetze zur Prostitution ausgesprochen. „Es braucht stärkere Regeln, die das Geschäft mit den Frauen in Grenzen halten, sagte Sabine Constabel von der Stuttgarter Prostituierten-Beratungsstelle. Das Milieu entwickle sich immer mehr zu einem ‚Sklavenmarkt‘. Unterstützung bekommen solche Forderungen aus der Politik: Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) will das **Prostituiertengesetz verschärfen** lassen und **unangekündigte Kontrollen in Bordellen erleichtern**, erklärte eine Sprecherin.“ (Bild, 1. Juni 2012)

14. Juni 2012	CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl fordert Bordell-Erlaubnispflicht
<p>CSU-Innenexperte Hans-Peter Uhl (CSU) fordert Kondompflicht für Bordelle. Er sagte BILD.de: „Das Damoklesschwert der Razzia muss über Bordellen schweben. Dies erreichen wir mit einer Bordell-Erlaubnispflicht, einer Kondom-Pflicht und einem Zutrittsverbot für Minderjährige.“ (BILD.de, 14.06.2012)</p>	

15. Juni 2012	22. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren (GFMK) in Nürnberg
<p>„Ebenfalls auf Initiative Nordrhein-Westfalens geht ein Beschluss der GFMK zur Prostitution zurück. Staatssekretärin Bredehorst: „Es ist nicht hinnehmbar, dass es trotz wiederholter Beschlüsse der GFMK und anderer Fachministerkonferenzen sowie eines eindeutigen BR-Beschlusses nach wie vor an einer öffentlich-rechtlichen Regelung der Prostitution fehlt. Vorrangiges Ziel einer solchen Regelung müssen die Schaffung zumutbarer Arbeitsbedingungen sowie die Zurückdrängung illegaler Formen der Prostitution sein. Auf Antrag NRWs hat die GFMK die Bundesregierung gebeten, eine Rechtsgrundlage zur Regulierung von Bordellen und bordellähnlichen Betrieben zu schaffen. Dabei sollte den Ländern Spielraum gelassen werden, eigene Wege zu erproben“ (Pressemitteilung, Frauenministerium NRW)</p>	